

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Amtsblatt des Königl. Bezirksgerichts und des Rathes der Stadt Leipzig.

N^o 237.

Mittwoch den 25. August.

1869.

Obst-Verpachtung.

Die diesjährigen Obstnutzungen auf der Lindenauer Chaussee und der Anpflanzungen auf den Wiesen vor dem Floßthore sollen an die Meistbietenden gegen baare Zahlung mit Vorbehalt der Auswahl unter den Licitanten so wie jeder andern Verfügung verpachtet werden. Es haben darauf Reflectirende **Donnerstag den 26. August d. J.** früh 9 Uhr in der Marstall-Expedition sich einzufinden, ihre Gebote zu thun und sodann weiterer Nachricht sich zu gewärtigen.

Leipzig, den 21. August 1869.

Des Rathes Deputation zu den Chausseen.

Bekanntmachung.

Erde und Bauschutt werden von **Mittwoch den 25. d. M.** ab am Schleußiger Wege in der Nähe des Kirschwehres angenommen und pr. Fuder von 8 Kubikellen mit 10 Ngr. bezahlt.

Leipzig, am 23. August 1869.

Des Rathes Oekonomie-Deputation.

XIV. öffentliche Sitzung der Handelskammer.

—1. Leipzig, 19. August. Die Handelskammer hielt heute Abend zum ersten Male eine öffentliche Sitzung in ihrem neuen Sitzungslocale, Neumarkt 19, I. hier. Bei Eröffnung derselben spricht der Vorsitzende Herr Becker seine Freude aus, die Kammer in ihren eigenen Räumen begrüßen zu können, für deren ansprechende und zweckmäßige Einrichtung er den damit beauftragt gewesenen Herren Schnoor und Sonnenkalb Namens der Ersteren dankt. Herr Schnoor knüpft daran den Wunsch, daß die hier gefassten Beschlüsse an maßgebender Stelle immer die gehörige Berücksichtigung finden, überhaupt aber zum Wohle des hiesigen Handels gereichen möchten.

Von einer Verloosung der Plätze wird abgesehen, vielmehr soll die heute von den einzelnen Mitgliedern getroffene Wahl, vorbehaltlich des Tausches, als definitiv gelten.

1) Aus der ungewöhnlich reichhaltigen Registrande heben wir nur Folgendes hervor: a. Auf die Vorstellung in Betreff der Leipzig-Pegau-Zeitzer Eisenbahn erwidert das königliche Finanzministerium, daß es irrig sein würde, anzunehmen, es seien dem gedachten Unternehmen, mit Rücksicht auf eine daraus für die sächsische Staatsbahn zu befürchtende Concurrenz, irgend welche Schwierigkeiten bereitet worden; im Gegentheil habe die Regierung sich die thünlichste Förderung der Sache angelegen sein lassen und die Concessionsbedingungen, welche im Wesentlichen mit denen anderer Gesellschaften gleichlauten, der Direction der Thüringischen Eisenbahn bereits im September v. J. zugefertigt. Dieselben bezögen sich nicht auf den Tarif, in Bezug auf die Annäherung an Zwenkau aber habe die Regierung diejenige Linie festhalten zu müssen geglaubt, welche schon 1865 von dem damaligen Comité angenommen worden sei. Die Kammer faßt hierbei Beruhigung. — b. Die Mittheilung des königlichen Ministeriums des Innern in Betreff der im nächsten Jahre in London abzuhaltenden Ausstellung für Arbeiter (vergl. Nr. 191 d. Bl.) wird an einen vom Vorsitzenden zu ernennenden Ausschuss verwiesen, um zu erörtern, inwiefern die Kammer dabei thätig werden könne. — c. Auf das Gesuch wegen Errichtung einer zweiten Verkaufsstelle für Stempelmarken will das königliche Finanzministerium eingehen, sobald die Bundes-Stempelmarken und Blanquets zum Debit kommen; inzwischen erfordert dasselbe gutachtliche Äußerung der Kammer darüber, ob nicht statt des dafür vorgeschlagenen Oberpostamtsgebäudes das Hauptzollamt oder das Hauptsteueramt sich mehr empfehlen würde. Auf Antrag des Herrn Schnoor wird nach kurzer Debatte gegen 2 Stimmen beschlossen, das Oberpostamtsgebäude wegen seiner bequemen Lage für den östlichen Stadttheil, für Reudnitz zc. wiederholt als das geeignetere zu bezeichnen. — d. Herr Dr. Whistling hier beantragt, die Kammer wolle sich dafür verwenden, daß der Thüringische Tagesschnellzug wieder für den Postdienst benutzt werden möchte. Der Stellvertreter des Oberpostdirectors hat sich auf das Zuvorkommendste bereit erklärt, die Correspondenz-Versendung mit diesem Zuge anzuordnen, falls die Kammer dies im Interesse des Handels für wünschenswerth erachte. Der Vorsitzende legt dar, daß der Handel in der That dabei inter-

essirt sei, daß der Postschluß für die in Frage kommende Correspondenz möglichst hinausgerückt werde, und schlägt vor, der Oberpostdirection in diesem Sinne zu antworten. Bei der Berathung kommen noch mehrere Desiderien zur Sprache, insbesondere wird von Herrn Scharf die Frage angeregt, ob nicht der fragliche Zug, bez. die Schnellzüge überhaupt, zur Versendung kleinerer Pakete, etwa bis fünf Pfund, benutzt werden können. Der Vorsitzende wird beauftragt, darüber mit dem Oberpostamte in Vernehmen zu treten, der obige Vorschlag desselben aber angenommen. — e. Dem in Berlin begründeten Verein zur Hebung der Fluß- und Canalschiffahrt beschließt die Kammer auf Antrag des Herrn Lorenz ihre Bereitwilligkeit auszusprechen, gegebenen Falls seine Bestrebungen zu unterstützen. — f. Serbe's Verlagsbandlung hier bittet um Empfehlung der bei ihr erschienenen Ausgabe der Norddeutschen Gewerbe-Ordnung von Dr. Siebenhaar, als deren wesentlichen Vorzug der Vorsitzende das sehr praktisch und sorgfältig gearbeitete Wort- und Sachregister bezeichnet. — g. Die Herren Stern & Ruppin hier beantragen Verwendung der Kammer bei den Directionen der hier einmündenden Eisenbahnen für wöchentliche Veröffentlichung der Statistik der Getreide-Ein- und Ausfuhr, wie solche in Berlin, Stettin, Hamburg, Breslau, Köln erfolge. Es wird beschlossen, dem Antrage stattzugeben. — h. Herr Heintz macht eine Reihe Vorschläge zur Reform des gerichtlichen Verfahrens. Das bezügliche Schreiben soll bis zur nächsten Sitzung circuliren. — i. La question monétaire von Wolowstky wird von Herrn Geh. Hofrath Roscher im Auftrage des Verfassers durch Herrn Schnoor der Kammer überreicht. Der Vorsitzende wird dafür in deren Namen danken.

2) Den Hauptgegenstand der Tagesordnung bildet eine Vorlage des königl. Finanzministeriums, betreffend die Revision der Gesetzgebung über die directen Steuern, zu welcher ein ausführlicher gedruckter Ausschussbericht vorliegt. *) Der Ausschuss (Herrn Becker, Vors., Bassenge, Ref., Dr. Heine, Schnoor und Seyffert) schlägt folgende, auf das Gutachten der Revisions-Commission bezügliche Erklärung vor:

I. Mit dem Antrage auf gänzliche Befestigung des jetzigen Grundsteuersystems, welchen die Commission kurz vor Beendigung ihrer Thätigkeit im Gegensatz zu ihren früheren Beschlüssen mit knapper Mehrheit gestellt hat, können wir uns nicht einverstanden erklären. Wir würden es für gewagt und dem Grundsätze der Stetigkeit in der Steuergesetzgebung widersprechend erachten müssen, wollte der Staat seine sicherste Einnahmequelle, welche zufolge des Ueberganges der Steuer in den Preis der Grundstücke, zumal bei dem gesteigerten Ertrag der letzteren, kaum noch als eine Last empfunden wird, ohne Weiteres gegen eine weniger sichere Steuer vertauschen, deren Einwirkung sich im Voraus nicht übersehen läßt.

II. Dagegen erkennen wir in dem Vermittelungsvorschlage, einen Theil der jetzigen Grundsteuer durch eine Einkommensteuer zu ersetzen, welche von dem durch freie Schätzung gefundenen

*) Derselbe kann, soweit der Borrath reicht, auf dem Bureau der Kammer in Empfang genommen werden.